

Die Umverteilungsinitiative ist volkswirtschaftlich ein Unsinn

Autor(en): **Müller, Erich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **166 (2000)**

Heft 10

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-66649>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Umverteilungsinitiative ist volkswirtschaftlich ein Unsinn

Am 26. November stimmen wir über die SPS-Initiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze» (Umverteilungsinitiative) ab. Sie fordert, dass die Ausgaben für die Landesverteidigung in spätestens zehn Jahren auf die Hälfte der Kosten von 1987 gesenkt werden. Über die eingesparten Mittel hätte das Parlament periodisch zu befinden, wobei ein Drittel für die internationale Friedenspolitik eingesetzt werden müsste. Eine Milliarde Franken müsste als Entschädigung für verloren gegangene Arbeitsplätze in einen Konversionsfonds einbezahlt werden.

Erich Müller

Diese Umverteilungsinitiative ist ein weiterer Anlauf, unsere Armee abzuschaffen oder auszuhöhlen. In den vergangenen Jahren hatte das Volk all diesen linken Begehren eine klare Abfuhr erteilt (1987 Rüstungsreferendum; 1989 Schweiz ohne Armee, 1993 Waffenplatzinitiative, 1993 Schweiz ohne Kampfflugzeuge; 1997 Verbot von Kriegsmaterialausfuhr).

Die Forderung nach weniger Militärausgaben ist erfüllt

Die Armee hat ihren Sparbeitrag, die so genannte Friedensdividende, bereits geleistet. Seit Anfang der 90er-Jahre verharrt die Armee auf Sparkurs. Insgesamt wurde das Budget des Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) von 1990 bis 2001 um neun Milliarden gekürzt. Mit den 1998/99 beschlossenen zusätzlichen Abstrichen bei der Verteidigung – weitere 1,1 Milliarden für die Jahre 1999, 2000 und 2001 – sind die Verteidigungsausgaben real zwischen 1990 und 2001 um fast 40%, die Rüstungsausgaben sogar um fast 50% abgebaut worden. Die Forderung nach weniger Militärausgaben ist erfüllt. Es ist absurd, eine willkürlich fixierte Höhe der Militärausgaben in der Verfassung festzuschreiben. Damit berauben wir uns jeglicher Handlungsfreiheit. Verlangt die Entwicklung der Lage eine Erhöhung der Ausgaben, so müsste das Volk zuerst die Verfassung revidieren.

Auch die Forderung nach mehr Friedensengagement ist weitgehend erfüllt

Die Initianten wollen die Beiträge nicht einsparen, sondern umverteilen. Gemäss ihrem Willen würden die Friedensförderungs- und Sozialausgaben in dem Mass steigen, wie die Landesverteidigungsausgaben sinken würden. Die bei der Landesverteidigung eingesparten Gelder würden das Defizit in der Bundeskasse in keiner Art und Weise vermindern. Die Forderung nach einer Umverteilung eines Drittels der

Beiträge in die internationale Friedenspolitik erübrigt sich. Bereits heute und künftig noch mehr setzt sich der Bundesrat unter der Devise «Sicherheit durch Kooperation» auch ausserhalb der Schweiz für Konfliktverhütung und Krisenbewältigung ein.

Gefährdung von Arbeitsplätzen

Aufgrund der Rüstungsprogramme 1990 bis 1998 flossen der schweizerischen Wirtschaft Aufträge für knapp acht Milliarden Franken zu. Auftragnehmer waren die nun in Aktiengesellschaften umgewandelten Bundesbetriebe (RUAG) sowie die Privatwirtschaft. Hier sind jährlich zirka 1,1 Milliarden Franken, die pro Jahr im Durchschnitt 7300 Mann/Jahre generieren und für die gesamte Periode 41000 Mann/Jahre. Dabei handelt es sich meist um hochwertige industrielle und gewerbliche Arbeit. Die Initianten behaupten, die Vorlage sei beschäftigungsneutral. Dies ist falsch. Ein Ja zu dieser unsinnigen Initiative hätte gravierende Folgen für die Beschäftigung in der wehrtechnischen Industrie und Verwaltung. Gerechnet wird mit einem Verlust von mindestens 6000 Arbeitsplätzen. Dieser Arbeitsplatzabbau wirkt sich gerade in den Randregionen besonders hart aus, was zu hohen sozialen Kosten führt. Der Staat müsste von einer solidarischen Arbeitsvergabepolitik zugunsten der wirtschaftlich benachteiligten Regionen abrücken.

Konversionsfonds – falscher Ansatz

Der von den Initianten vorgeschlagene Konversionsfonds ist eine Alibiübung. Der Fonds von einer Milliarde Franken sollte den Arbeitslosen neue Arbeitsplätze bereitstellen. Doch die vorsorgliche Bereitstellung eines solchen Instrumentes macht es für jedermann offenkundig, dass die Initianten der schweizerischen wehrtechnischen Industrie den Todesstoss versetzen wollen. Wir benötigen keinen Konversionsfonds für Arbeitslose. Wir brauchen Konversionsprojekte in den Unternehmen, die dank neuen zivilen Produkten eine Tätigkeitsverschiebung erzielen, die der Nachfrage entspricht und die Versor-

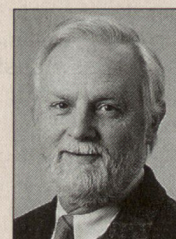
gung der Schweiz mit Rüstungsgütern flexibel sicherstellt. Mit der Neuausrichtung der ehemaligen Rüstungsbetriebe in den privatwirtschaftlich geführten RUAG-Konzern, welcher übrigens bereits im ersten Jahr schwarze Zahlen schreiben konnte, wird heute bereits betriebswirtschaftlich sinnvolle Konversionspolitik betrieben. Auch andere Regiebetriebe des Bundes – wie SBB, Post u.a. – müssen einen Personalabbau durchstehen, ohne einen besonderen Konversionsfonds mit Subventionscharakter. Der Umbauprozess läuft schon lange ohne den von den Befürwortern der Umverteilungsinitiative vorgeschlagenen ordnungspolitisch falschen Konversionsfonds.

Kein Präjudiz für die Armee XXI

Die geplante Armee XXI wird eine massive Reduktion der volkswirtschaftlichen Gesamtkosten der Armee bringen (weniger Diensttage, weniger lange Dienstpflicht, mehr Profianteil, weniger Truppen). Die direkten Militärausgaben des Staates werden dadurch nicht ab-, sondern eher zunehmen. Deshalb darf die Armee XXI nicht zusätzlich durch die Umverteilungsinitiative und eine weitere Senkung der Finanzen präjudiziert werden. Nur wenn die Aufgabenstellung und die Ausgestaltung der Armee XXI eine Reduktion der Militärfinanzen erlaubt, kann sie verantwortet werden. Die Höhe der Militärausgaben darf nicht der Ausgangspunkt der Armee XXI sein, sondern sie ist die Konsequenz der klar definiert sicherheitspolitischen Aufgabe, welche die Armee zu erfüllen hat.

Initiative wuchtig ablehnen

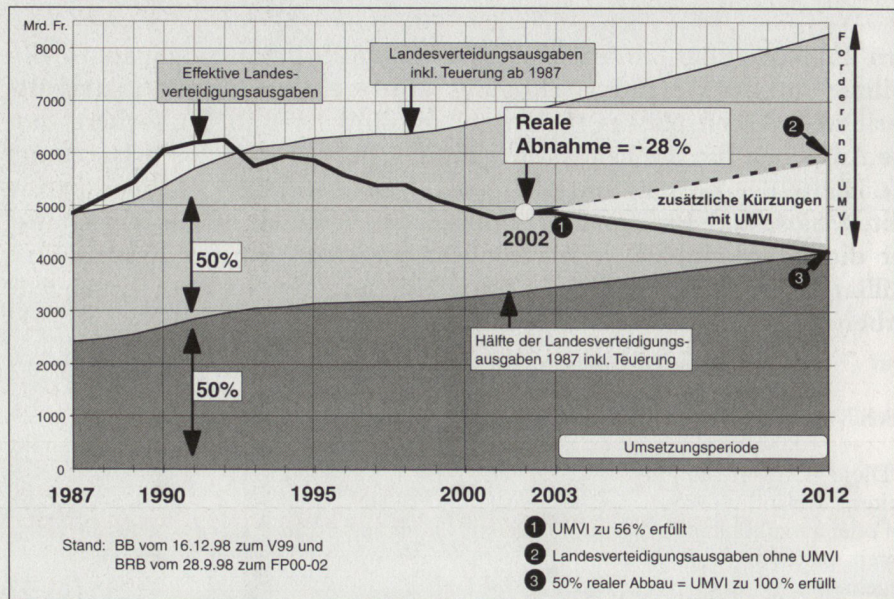
All jene, die überzeugt sind, dass die Schweiz eine glaubwürdige, moderne und gut ausgerüstete Armee braucht, müssen diese Initiative ablehnen. Der Auftrag unserer Armee muss aufgrund der möglichen Bedrohungen und nicht über starre, willkürlich festgelegte Finanzvorgaben bestimmt werden. ■



Erich Müller,
lic.oec. HSG,
Nationalrat,
8472 Seuzach.

Im Hinblick auf die Umverteilungsinitiative

Eines ist sicher: als 1989 die Berliner Mauer fiel, hat sich die Welt verändert. Haben Sie diese Entwicklung 1985 bereits kommen sehen? Und – sind Sie in der Lage, mir zu sagen, wie die Welt in fünf Jahren aussehen wird? Obschon wir hier im Herzen Europas das Glück haben, von friedliebenden Nachbarn umgeben zu sein, ist die Lage global vielleicht etwas entspannter, jedoch auch erheblich heterogener, unberechenbarer und unsicherer geworden. Ein Land wie die Schweiz, das in vielen Bereichen zu Recht darauf besteht, vollwertiger und mitspracheberechtigter Partner zu sein, muss auch die Verantwortung für seine Sicherheitspolitik zu tragen bereit sein. Diese Sicherheitspolitik ist nicht bei der Doktrin des Kalten Krieges stehen geblieben. Der Bundesrat hat im Sicherheitspolitischen Bericht an das Parlament 1999 seine neue Einschätzung der Lage dargelegt und ist darauf aufbauend nunmehr daran, die neue Armee XXI zu konkretisieren. Immer in situationsgerechter Anpassung an die veränderte weltpolitische Lage sind im Übrigen die Verteidigungsausgaben zwischen 1987 und 2002 um 28% gesenkt worden. Damit sind die Forderungen der Umverteilungsinitiative bereits zu 56% erfüllt. Bundesrat und Parlament haben gezeigt, dass sie bereit sind, den Veränderungen im Umfeld Rechnung zu tragen und verantwortungsvoll zwischen möglichem Sparpotenzial und den unabdingbaren Auslagen für eine neue, glaubwürdige Sicherheitspolitik abzuwägen. Dieses Vorgehen, das den verfassungsmässigen



Auftrag in den Mittelpunkt stellt und ihn mit möglichst geringem Mitteleinsatz zu erfüllen versucht, erscheint mir zielgerichtet und zukunftsorientiert. Die Mittel unbesehen der Konsequenzen einfach einmal durch eine Verfassungsbestimmung auf die Hälfte zu kürzen, ist unvernünftig und verantwortungslos. Gerade in unserer Zeit des raschen Wandels muss ein Staat handlungsfähig bleiben und in der Lage sein, sich neuen Gegebenheiten zeitgerecht anzupassen. Im Bereiche der Sicherheitspolitik konnte nur gespart werden im Be-

wusstsein darum, dass – sollte es sich als notwendig erweisen – die Aufwuchsfähigkeit der Armee erhalten bleibt. Das in der Umverteilungsinitiative propagierte starre finanzielle Korsett ist das Gegenstück zu echten, sachbezogenen Sparbemühungen und darf daher nicht in unserer Verfassung verankert werden.

Christine Beerli-Kopp,
lic. iur., Fürsprecherin, Ständerätin,
Fraktionspräsidentin FDP, 2500 Biel

In die Diskussion und an die Urnen!

Es muss ein glückliches Land sein, das sich solche Diskussionen leistet, wie sie uns die Umverteilungsinitiative beschert. Doch was sein muss, muss sein: Wir werden uns die Diskussion stellen, um sie zu gewinnen.

Die kurzfristigen Folgen bei einer Annahme der Initiative sind bekannt: Reduktion der Ausgaben mehr als ein Viertel, zusätzlich zu dem, was in den letzten zehn Jahren schon massiv gekürzt wurde. Verlust an Sicherheit. Verlust an Arbeitsplätzen. Entzug der finanziellen Grundlage für die eingeleitete Reform Armee XXI.

Als Referenzjahr für die Halbierung wird 1987 gewählt. Die Umsetzung hätte innert zehn Jahren nach der Abstimmung zu erfolgen. Unglaubliches wird also inszeniert: Die verfügbaren Mittel in den Jahren ab 2012 richten sich nach einem Entscheid des Jahres 2000, abgestützt auf das Referenzjahr 1987!

Die Initiative will nicht sparen, sondern umverteilen. Sie will verlocken. Etwas ist unmissverständlich festzuhalten: Wir wenden uns nicht gegen eine aktive Friedenspolitik, mit Engagement für die Menschenrechte und intensive Entwicklungszusammenarbeit. Im Gegenteil: Dies sind

wichtige Grundpfeiler für Stabilität und Sicherheit der Kontinente, liegen also auch in unserem Interesse. Sie sind zu stärken. Aber sie vermögen allein nicht alles. Das eine ist nicht gegen das andere auszuspielen. Gerade jüngste Entwicklungen zeigen die Bedeutung des Militärischen als Voraussetzung für zivile Massnahmen. Unsere Sicherheitspolitik braucht deshalb mehrere Säulen; ohne sicheren Boden im eigenen Land vermag auch der Rest nicht zu überzeugen. Glaubwürdigkeit gegen aussen und gegen innen decken sich.

Gefährlich an der Initiative sind sodann die langfristigen Folgen: Nicht was die internationale Lage und das Sicherheitsbedürfnis von Land und Bevölkerung erfordern, wird Massstab sein, sondern eine Zahl in der Verfassung. Auch in 25 Jahren, in einer vielleicht ganz andern Situation, wäre nur diese Zahl massgebend. Das gibt es bei keiner andern Staatsaufgabe! Keine Reaktionsfähigkeit, keine Handlungsfähigkeit von Regierung und Parlament!

Sicherheitspolitik muss sich auf internationale Entwicklungen einstellen. Diese verlaufen dynamisch und sind unsicher. Die Initiative will statt Reaktionsfähigkeit den Rückzug auf eine starre Zahl. Ein wenig steckt da-

hinter wohl die trügerische Vorstellung, die Welt werde unserem Land stets eine Nische gewähren, wir könnten deshalb im geschützten Abseits unseren autonom festgelegten Massstäben huldigen. Allfällige neue Gefahren sind nach dieser Version nur für andere bestimmt. Es ist eine Vorstellung, die sonst meistens von politisch ganz anderer Seite als diese Initiative genährt wird. Man sieht wieder einmal: Die Extreme berühren sich. Es ist die Vorstellung vom ewigen Verschontbleiben unseres Landes vor der Arglist der Weltgeschichte.

Ein seltsames Bild: Andere europäische Völker engagieren sich in Krisenherden. Ihre Armeen stehen im Einsatz für Anliegen, die auch die unseren sind. Die (grossmehrheitlich sozialdemokratischen) Verteidigungsminister verlangen höhere Wehranstrengungen. Just zu dieser Zeit soll die Schweiz nach dem Willen der Initiative den Einsatz für die Sicherheit reduzieren. Das hätte gerade noch gefehlt! Eine solche Scheinheiligkeit wird uns niemand abnehmen. Eine Annahme der Initiative würde uns auch auswärts mehr als nur Kopfschütteln eintragen!

Dr. Ulrich Siegrist, Lenzburg,
Nationalrat, Zentralpräsident der SOG